

5

dokumente *

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 02/10



Mitbestimmung und Beschäftigungspolitik: Erfolgsmodell, krisengeprüft

Betriebs- und Personalrätekonferenz
der SPD-Bundestagsfraktion

am 16. Juni 2010 in Berlin

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
PETRA ERNSTBERGER, MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: ROSINA BAUMGARTNER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: (030) 227-57133
TELEFAX: (030) 227-56800

WWW.SPDFRAKTION.DE

ERSCHIENEN IM AUGUST 2010

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Inhaltsverzeichnis

- 05 Programm
- 07 Begrüßung und Eröffnung
Anette Kramme, MdB
Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales
der SPD-Bundestagsfraktion
- 09 Aktuelles aus der SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 13 Fair ist mehr
Sigmar Gabriel, MdB
Vorsitzender der SPD
- 21 Jugend in Deutschland: Mehr Freiräume, mehr
soziale Sicherheit, mehr Partizipation
Franziska Drohsel
Vorsitzende der Jungsozialisten in der SPD
- 25 Faire Bedingungen beim Berufseinstieg
René Rudolf
DGB-Bundesjugendsekretär
- 29 Impressionen

Programm

- 11.00 Begrüßung und Eröffnung
Anette Kramme, MdB
Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-
Bundestagsfraktion
- 11.15 Aktuelles aus der SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- anschließend Diskussion
- 12.00 Fair ist mehr
Sigmar Gabriel, MdB
Vorsitzender der SPD
- anschließend Diskussion
- 12.45 Mittagspause
- 13.30 Jugend in Deutschland: Mehr Freiräume, mehr soziale
Sicherheit, mehr Partizipation
Franziska Drohsel
Vorsitzende der Jungsozialisten in der SPD
- anschließend Diskussion
- 14.15 Faire Bedingungen beim Berufseinstieg
René Rudolf
DGB-Bundesjugendsekretär
- anschließend Diskussion
- 15.00 Schlusswort
Anette Kramme, MdB
- 15.15 Ende der Veranstaltung

Begrüßung und Eröffnung

Anette Kramme, MdB Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Euch hier begrüßen zu können zur 15. Betriebs- und Personalrätekonferenz hier in Berlin. Es ist die erste dieser Konferenzen, die wir in der Opposition machen – und ich hoffe natürlich, es werden nur wenige folgen ... Ganz herzlich danken möchte ich zuerst Frank-Walter Steinmeier. Wie Ihr Euch denken könnt, sind unsere finanziellen Mittel in der Opposition knapper geworden. Dennoch mussten wir nie um die Finanzierung dieser Betriebs- und Personalrätekonferenz bangen. Dafür danke ich Dir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die meisten von Euch kennen mich wahrscheinlich noch nicht persönlich. Mein Name ist Anette Kramme, und ich habe Ende November 2009 die Rolle der arbeits-

sozialpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion von Andrea Nahles übernommen und hoffe natürlich, dass ich das genauso gut machen kann wie sie es tat. Ein paar Sätze zu mir persönlich. Ich komme im Prinzip beruflich aus dem Gewerkschaftsbereich. Ich bin Anwältin, verrete aber ausschließlich Arbeitnehmer, Betriebsräte und natürlich Gewerkschaften.

Außerdem bin ich Mitglied gleich in zwei Gewerkschaften: 1990 musste ich noch darum kämpfen, überhaupt aufgenommen zu werden. Bei Verdi hatte man nämlich damals keine Studierenden aufgenommen, deshalb musste ich einen Job erfinden ... Und der IG Metall trat ich vor einigen Jahren bei, weil mein 1. Bevollmächtigter es für gerecht hielt, dass ich auch dorthin Beiträge abführe ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seid überwiegend neu gewählt, und ich möchte Euch natürlich dazu herzlich gratulieren. Betriebsratswahlen gibt es zwar schon seit dem Jahr 1920. Aber ich weiß, dass das häufig trotzdem Mut erfordert, sich als Betriebsrat zur Verfügung zu stellen. Bei Betriebsratswahlen kommt es leider immer wieder zu Kündigungen. Oder es wird Druck aufgebaut und mit Kandidaten über Stunden diskutiert, ob sie nicht doch auf dieses Amt verzichten wollen. Um so mehr wünsche ich Euch viel Mut und Tatkraft für Eure Aufgabe.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch wir in der Bundestagsfraktion wissen, dass wir Mut und Tatkraft brauchen. Wir haben viel zu arbeiten. Aber ich denke, wir haben gut damit begonnen. Wir haben z.B. einen Antrag eingebracht zu den Bagatellkündigungen – deutlich bevor das BAG diesbezüglich entschieden hat. An dieser Stelle einen herzlichen Glückwunsch an Emmely.

Wir haben auch Anträge eingebracht zum Mindestlohn, zur Leiharbeit, zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen und zur Verhinderung der Verkürzung der Kündigungsfristen, die offensichtlich seitens der Union angedacht ist. Und wir werden über kurz oder lang auch mit einem Antrag kommen zur Generation Praktikum.

Damit sind wir bei einem der Hauptthemen des heutigen Tages. Unser Schwerpunktthema soll die Jugend sein. Wir wissen, dass Ausbildungsplätze insbesondere im Zuge der Krise im letzten Jahr weggefallen sind. Es gibt 50.000 Ausbildungsplätze für Jugendliche weniger, das ist ein Rückgang von 8,2 %.

Darüber – und über anderes – möchten wir heute mit Euch sprechen. Bevor ich das Wort nun an den Mann übergebe, auf den wohl die meisten von Euch hier warten, möchte ich noch kurz die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Ferner begrüßen, die unsere Arbeit in den Bereichen Rente und Behindertenpolitik begleitet. Und ich begrüße Hubertus Heil in seiner Funktion als stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Arbeit und Wirtschaft.

Tja, und Dir, lieber Frank-Walter, noch einmal herzlichen Dank, dass Du Dir Zeit für die Betriebsrätekonferenz genommen hast ... Bühne frei!

Aktuelles aus der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich danke Euch für Euer Kommen.

Lasst mich an Anette Kramme anschließen und herzlich die neu gewählten Betriebsräte begrüßen. Die Betriebsratswahlen sind wichtig. Heute mehr denn je.

Wir wissen doch, was die deutsche Mitbestimmung in der Krise bewirkt hat. Aus aktuellem Anlass denke ich da an Opel. Ohne den Gesamtbetriebsrat hätte es eine Rettung von Opel nicht gegeben.

Ich kann mich gut an die Wochen Anfang 2009 erinnern, als alles auf Messers Schneide stand. Da haben die Kollegen in den Werken für eine Wende gesorgt. Experten und viele Politiker hatten Opel schon aufgegeben. Erst die gemeinsame Kraftanstrengung, die aus den Betrieben kam, hat die Wahrnehmung verändert. Dann erst begann die Suche nach Lösungen, der Kontakt zu neuen Investoren mit neuen Geschäftsplänen.

Ich habe immer wieder im engen Austausch mit den Opelanern gestanden. Es ist so: Erst durch diesen Prozess ist GM aufgewacht und selbst ernsthaft an substantielle Rettungspläne gegangen.

Ich will nicht den Eindruck erwecken, dass die Opelwerke heute gesichert sind. Zur Unsicherheit trägt die schwarz-gelbe Koalition am meisten bei. Das unwürdige Schauspiel der Bundesregierung um die Bürgschaften ist nicht nur abstoßend. Es ist auch ein Spiel mit dem Feuer. Selten haben die Opelstandorte so deutlich vor Augen geführt bekommen, wie hohl das Wort der Kanzlerin ist. Und nie wurde die Belegschaft, die sich mit einer dreistelligen Millionensumme an der Sanierung beteiligt, so kalt vor den Kopf gestoßen.

Trotzdem, ja, gerade deshalb gilt: Auf starke, erfahrene, in den Unternehmen verankerte und für langfristigen Unternehmenserfolg engagierte Betriebsräte kommt es an.

Opel ist nur ein Fall von Tausenden. In vielen anderen Unternehmen ist es genauso. In einem Satz: Wir brauchen Euch, damit Mitbestimmung Zukunft hat. Um Mitbestimmung muss man ringen, sonst bleibt sie nicht. Um Mitbestimmung muss man kämpfen. Sonst wird das irgendwann nur noch ein Eintrag im Lexikon der verschwundenen Wörter.

Leicht ist das alles nicht: Der Organisationsgrad in den Betrieben geht zurück. Berufsgruppen treten auf den Plan, die das Prinzip der kollektiven Interessenvertretung im Betrieb aushöhlen. Auch die Tarifbindung bröckelt ab. Instrumente wie der Mindestlohn sollen auffangen, was tariflich gar nicht mehr oder nicht mehr ausreichend erfasst wird.

Wir sind mit schwierigen und offenen Fragen konfrontiert: Wie steht es mit der Interessenorganisation angesichts gespaltener Belegschaften – die einen fest, geregelt, in Vollzeit – die anderen befristet, entliehen, in Teilzeit? Wie antworten wir auf die Organisationsverweigerung des Managements, aber auch von den Arbeitnehmern in neuen Berufen selbst? Was ist das Angebot für die, die als Individualisten durch die Arbeitswelt gehen?

Wir müssen Mitbestimmung auch neu denken, modernisieren, auf eine vielgestaltige und zerklüftete Arbeitswelt einstellen. Die ganz übersichtlichen Verhältnisse der industriellen Massenarbeit mit gleichförmigen Berufsbildern bekommen wir nicht zurück. Mitbestimmung muss sich auch in der Wissensökonomie und in den Dienstleistungen bewähren. Sie muss für junge Berufseinsteiger – das wird nachher Schwerpunktthema sein – attraktiv werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Eines ist klar: Wertschöpfung, wirtschaftliche Dynamik, sinkende Arbeitslosigkeit verbessert auch die Ausgangsbedingungen für eine starke Mitbestimmung in den Betrieben. Gesunde Unternehmen sind in der Regel gute Sozialpartner.

Deshalb brauchen wir eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die investiert und auf Dynamik setzt. Die schwarz-gelbe Koalition macht das Gegenteil.

Einschnitte bei öffentlichen Investitionen. Keine Impulse für private Investitionen. Einseitige Einschnitte zu Lasten von Arbeitslosen und Familien. Weniger Arbeitsförderung. Unklarheit bei der Finanzierung der Bildungsziele. Schwarz-gelb heißt nicht nur Regierungschaos. Schwarz-gelb ist ein Risiko für die Zukunft des Landes.

Was gute, konsistente und zielbewusste Politik erreichen kann, sehen wir gerade wieder mit Blick auf die Arbeitsmarktzahlen: Im Monat Mai, immer noch inmitten der Krise, immer noch mit Wachstum nahe Null, haben wir wieder mehr als 40 Millionen Erwerbstätige, eine Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent, Tendenz fallend. In Europa werden diese Zahlen als Sensation gehandelt, als neues deutsches Wirtschaftswunder.

Schwarz-gelb hat daran bestimmt kein Urheberrecht. Nicht Klientelgeschenke für Hotels haben das bewirkt. Das ist Politik der SPD gewesen. Einer Politik, die beweist, dass Massenarbeitslosigkeit kein Schicksal ist, dem wir hilflos ausgeliefert sind. Einer Politik, die etwas riskiert hat, die nach vorn gegangen ist, die sich gegen den Wind gestellt hat. Einer Politik mit Kompass, die Deutschland seit acht Monaten schwarz-gelbem Chaos bitter vermisst.

Der jetzige Erfolg auf dem Arbeitsmarkt ruht meines Erachtens vor allem auf zwei Säulen: Zum einen langfristig wirkende Strukturreformen. Zum anderen eine rasche und wirksame Anti-Krisen-Politik im vergangenen Jahr.

Dass wir mit der verlängerten und erleichterten Kurzarbeit 2009 einen so durchschlagenden Erfolg erzielen würden, hätten selbst Optimisten kaum für möglich gehalten. Vor einem Jahr waren 1,5 Millionen Menschen in konjunkturell bedingter Kurzarbeit. In diesem März noch rund 700.000.

Für die Betriebe ging es darum, Fachkräfte zu halten, die in der nächsten Aufschwungphase gebraucht werden. Aber auch die sozialen Kosten und Folgekosten einer um Hunderttausende steigenden Arbeitslosigkeit sind zu beachten. Die Anti-Krisen-Maßnahmen der letzten Bundesregierung haben verhindert, dass der Wirtschaftseinbruch eine Schneise der Verwüstung durch Deutschland zieht. Davon bin ich fest überzeugt.

Der Erfolg der Kurzarbeit und die Strukturreformen der SPD-geführten Bundesregierung wirken zusammen.

Wir haben vielen, die Arbeit suchen, durch bessere Qualifizierung und Vermittlung neue Chancen auf einen Arbeitsplatz ermöglicht.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Betreuung aus einer Hand und die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsförderung bleiben von überragender Bedeutung.

Auch dass wir die weit verbreitete Praxis der Frühverrentung begrenzt und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer spürbar erhöht haben, ist eine richtige Weichenstellung zugunsten höherer Erwerbsbeteiligung bei steigender Lebenserwartung.

Die Beschäftigungsquote in Deutschland ist im vergangenen Jahrzehnt auf den historischen Höchstwert von 70,2 Prozent gestiegen. Zu diesem Erfolg hat die überdurchschnittlich gestiegene Beschäftigungsquote bei Frauen und vor allem bei Älteren beigetragen. Daran sollten wir anknüpfen.

Der ökonomische Strukturwandel schreitet voran. Und wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen Anschluss behalten. Dabei besteht die Gefahr, dass wir in Deutschland zugleich einen Mangel an Fachkräften und eine fortgesetzt hohe Zahl von Arbeitslosen haben, die nicht gut genug qualifiziert sind.

Die Anstrengungen bei Bildung, Berufsqualifizierung und Weiterbildung müssen dramatisch gesteigert werden. Dafür brauchen wir die Mittel. Jedes gerechte und dauerhaft wirksame Konsolidierungskonzept muss zugleich Investitionen in Bildung ausweiten.

Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Um ihn zu finanzieren, muss es einen neuen Lastenausgleich geben. Wer in den vergangenen Jahren stark profitiert hat, wer sehr hohe Einkommen erzielt und Vermögen hält, muss stärker in die Verantwortung.

Die Gesellschaft neu zusammenzuführen, das kann und muss unsere Aufgabe für die Zukunft sein.

Ich danke Euch!

Fair ist mehr

Sigmar Gabriel, MdB
Vorsitzender der SPD



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der SPIEGEL von dieser Woche hat nur ein Wort für diese Bundesregierung übrig: Aufhören! Was da als „Jahrhundertsparpaket“ angepriesen wurde, ist an Verlogenheit und Realitätsferne kaum zu überbieten. Auf der einen Seite nur Luftbuchungen, wenn es um die Belastung derjenigen, die die Krise verursacht haben, geht.

- Eine Bankenabgabe, die ab 2012 greifen soll, die aber gar nicht in den Staatshaushalt – sondern in einen Fonds zur Bankenstabilisierung – fließt; die Finanztransaktionssteuer wird noch nicht einmal erwähnt.
- Die Kürzung des Zuschusses zur Rentenversicherung in Höhe von 1,8 Mrd. Euro/Jahr – obwohl die Rentenversicherung nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund ein Defizit von annähernd 2,5 Mrd. Euro erwartet und ohnehin auf massive Staatszuschüsse von 30 Mrd. Euro angewiesen ist – ist einfach nur armselig, aber gerade deswegen empörend!

nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund ein Defizit von annähernd 2,5 Mrd. Euro erwartet und ohnehin auf massive Staatszuschüsse von 30 Mrd. Euro angewiesen ist – ist einfach nur armselig, aber gerade deswegen empörend!

- Auf der anderen Seite jedoch Einsparungen in Höhe von 5 Mrd. Euro/Jahr im Bereich von SGB II und III. Bei den Leistungen nach SGB dürfte das Einsparpotential der angestrebten 2 Mrd. Euro nicht erreicht werden können, da auf diese Leistungen ein grundgesetzlicher Anspruch besteht. Die geplanten Einsparungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik zeigen jedoch die gravierende soziale Schieflage der Maßnahmen.

Man kann dieses Regierungssammelsurium mit allen möglichen Attributen belegen. Um eins handelt es sich sicherlich nicht: Um faire Arbeitsmarktpolitik!

Ich möchte mich aber nicht an der Regierung abarbeiten, sondern unsere Vorschläge darlegen.

Lasst mich dabei eingangs sagen: Faire Arbeitsmarktpolitik ist nur durch und mit euch möglich – mit Betriebsräten, Vertrauensleuten, Personalräten und Gewerkschaftern. Ihr seid es, die die Gesetze, die wir machen, mit Leben füllt! Ihr seid die ersten Ansprechpartner für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Deswegen will ich auch klar sagen: Es darf nie wieder passieren, dass wir uns soweit von einander entfernen, wie das vor einiger Zeit der Fall war. Wir brauchen einander, wir sind auf einander angewiesen: Die SPD auf starke Gewerkschaften, aber auch die Gewerkschaften auf eine starke Sozialdemokratie. Nur gemeinsam sind wir stark.

Und was uns eint, ist mehr als bloß ein paar einzelne Forderungen. Uns verbindet eine gemeinsame Vorstellung, wie wir leben und arbeiten wollen. Wir streiten gemeinsam für eine faire Gesellschaft, in der Arbeit geachtet wird.

Gute Arbeit

Unsere Gesellschaft ist auf Arbeit gegründet. Bei uns in Deutschland hat Arbeit einen besonderen Stellenwert: Wir sehen unsere Arbeit nicht als „Job“, sondern als „Beruf“. Arbeit hat eigenen Wert.

Wenn euch jemand fragt: „Was bist du?“, dann will er doch wahrscheinlich nicht hören: „Fan von Eintracht-Braunschweig“ oder „Kassenwart im Skatverein“, sondern: „Flugzeugmechanikerin“ oder „Krankenpfleger“. Es geht doch um den Beruf. Es geht um die Arbeit, die man leistet. Arbeit stiftet Identität – und Stolz: „Ich baue die besten Autos der Welt.“

Und weil wir uns mit unserem Beruf, mit unserer Arbeit identifizieren, klotzen wir ran und geben unser Bestes mit Einsatz, Fleiß und Können.

Seine Arbeit gut machen zu wollen, das ist ein kultureller Wert, mit dem wir uns wirtschaftlich in die Weltspitze gearbeitet haben: Made in Germany hat seinen Wert.

Diese Einstellung gerät aber in Gefahr, wenn Arbeit nicht mehr geachtet, nicht mehr wert geschätzt, nicht mehr ordentlich entlohnt wird.

Der Wohlstand und die Wohlfahrt unseres Landes hängen an der Arbeit, die die Beschäftigten leisten.

Denn sie erwirtschaften, wovon unsere Gesellschaft lebt, mit guter Arbeit, die handfeste Werte schafft – ordentliche Produkte und Dienstleistungen, nicht Finanzblasen und spekulative Strohfeuer.

Arbeit muss auch künftig das Zentrum unserer Wirtschaft bleiben – in einer starken Industrie, in solidem Handwerk, in guten öffentlichen und privaten Dienstleistungen. – Nur dann bleibt „Made in Germany“ auch ein hochwertiges Markenzeichen.

Einige hatten den Industriestandort Deutschland schon abgeschrieben und träumten von der Dienstleistungszukunft. Wir nicht! Und das war auch gut so.

Wer gute Arbeit leistet, hat Anspruch auf gute Arbeitsbedingungen. Darum kämpfen wir mit den Gewerkschaften für Gute Arbeit.

Wesentlich für gute Arbeitsbedingungen ist aber auch, dass die Demokratie nicht am Werkstor endet: Die Mitbestimmung ist eine der tragenden Säulen, auf denen unser wirtschaftlicher Erfolg der letzten Jahrzehnte ruht.

Der Ausbau der Mitbestimmung in den 70er Jahren war richtig. Und er hat sich bewährt. Es ist an der Zeit, auf diesem Erfolgsweg den nächsten Schritt zu machen und die Mitbestimmung auszubauen. Denn die Mitbestimmung ist auch eine tragende Säule unserer Demokratie!

Gerade die Krise hat einmal mehr gezeigt, wie nötig es ist, dass wirtschaftliches Handeln sich künftig auch am Gemeinwohl orientiert. Wir brauchen eine Renaissance des gesamtwirtschaftlichen Denkens. Ich bin überzeugt: Eine stärkere Rolle der Gewerkschaften wäre ein wichtiges Mittel, um künftige Krisen vermeiden zu können.

Wir wollen darum die paritätische Mitbestimmung schon ab 1000 Beschäftigten durchsetzen, eine Forderung, die auch aus den Gewerkschaften immer wieder gekommen ist. Und sie ist richtig! Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass nicht durch die Wahl der Rechtsform oder andere Tricks die Mitbestimmung umgangen werden kann. Damit muss Schluss sein, Genossinnen und Genossen!

Und auch bei der betrieblichen Mitbestimmung wollen wir entscheidende Verbesserungen. Sie muss ausgeweitet werden auf alle Zukunftsfragen wie Ausbildung, die Lohngleichheit von Männern und Frauen oder die Zahl von befristet Beschäftigten und von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern.

Die Mitbestimmung ist und bleibt das zentrale Mittel zur Durchsetzung von Demokratie in den Unternehmen. All den Kolleginnen und Kollegen, die bei den Betriebsratswahlen dieses Jahr gewählt wurden, gratuliere ich herzlich und wünsche das Beste für eine erfolgreiche Arbeit!

Was ihr da macht, macht ihr nicht nur zum Wohl eurer Kolleginnen und Kollegen, sondern es ist eine wichtige Arbeit für die ganze Gesellschaft!

Eine starke Mitbestimmung ist auch Ausdruck dafür, dass die Beschäftigten ernst genommen und wertgeschätzt werden. Und ihre gute Arbeit.

Guter Lohn für Gute Arbeit

Aber, Genossinnen und Genossen, neben guten Arbeitsbedingungen bleibt das zentrale Maß für den Wert der Arbeit der Lohn.

Arbeit schafft Einkommen und Sicherheit. Das muss wieder gelten ohne Einschränkungen und Zweifel. Unbefristete Vollzeitarbeit zu ordentlichen Löhnen muss wieder der Normalfall sein.

Guter Lohn für gute Arbeit, das ist nicht nur ein berechtigter Anspruch. Wer den verletzt, sägt – auch als Unternehmer – an dem Ast, auf dem er sitzt!

Denn ohne guten Lohn können die Beschäftigten auf Dauer auch keine gute Arbeit mehr bringen! Und auch der Absatz lahmt. Schon seit Henry Ford gilt die alte Unternehmer-Weisheit: „Autos kaufen keine Autos.“

Über den Lohn müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren fairen Anteil bekommen an dem von ihnen erwirtschafteten Wohlstand.

Das ist in den letzten Jahren erheblich zu kurz gekommen. Die Lohnquote ist kontinuierlich gesunken. [Von 77 % 1982 auf 64,5 % 2007]]

Jeder von euch spürt das im Alltag: Es wird immer schwieriger, die Raten für das Haus zu bezahlen. Der Urlaub bleibt auf der Strecke. Man muss sich ganz schön strecken, um den Kinder die Chance auf Bildung geben zu können: Gebühren für den Kindergarten, in vielen Bundesländern ist die Lernmittelfreiheit abgeschafft, dafür gibt's Studiengebühren. Manchmal hilft nur noch ein Zweitjob neben der Arbeit. Selbst bei geringer Inflation bleibt immer weniger.

Die Beschäftigten haben den zentralen Beitrag geleistet für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Aber die Früchte haben sie nicht geerntet. Sie sind leer ausgegangen, während andere die Ernte eingestrichen haben.

Die Realeinkommen sind sogar gesunken. Seit 1995 ist Deutschland bei der Lohnentwicklung das Schlusslicht in Europa. Gleichzeitig sind die Einkommen aus Vermögen und aus Spekulation durch die Decke gegangen.

Damit muss Schluss sein! Die Löhne müssen deutlich nach oben! Klar ist: Ihr dürft da nicht dem Netto-Gequatsche glauben. Der Staat und die Sozialversicherung können doch nicht „in der zweiten Runde“ alles kompensieren, was in der Lohnrunde nicht geklappt hat!

Verkauft euch nicht unter Wert! Es geht um den fairen Anteil daran, was eure Kolleginnen und Kollegen und ihr mit eurer Arbeit erwirtschaftet habt. Mehr Brutto! Darum geht es!

Leiharbeit

Ein echtes Problem ist die Ausbreitung der Leiharbeit.

Wir haben 2003 die Leiharbeit als gutes Instrument gesehen, die Kolleginnen und Kollegen bei den Überstunden zu entlasten und gleichzeitig anderen eine Chance zu geben, in Arbeit zu kommen.

Im Übrigen haben wir das Gesetz in einem großen Konsens von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik erarbeitet, beschlossen und getragen.

Ein wichtiges Kernstück war dabei der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“ Nur im Rahmen eines Tarifvertrages sollte es überhaupt möglich sein davon abzuweichen, da waren sich alle einig.

Es gab damals dort keine Tarifverträge und uns war doch klar, Genossinnen und Genossen, dass die DGB-Gewerkschaften nie einen Tarif verabreden würden, der zu einer Schlechterstellung führt. Also war das doch als Öffnung nach oben gedacht!

Aber wir müssen feststellen, dass wir uns da geirrt haben. Das gebe ich offen zu. Und ich weiß auch, dass ihr darauf schon vehement hingewiesen habt.

Es ist anders gekommen, als wir uns das gemeinsam mit den Gewerkschaften gedacht haben, weil es verschiedene Leute gab, die diese Öffnung als Einfallstor für ihre Interessen missbraucht haben.

Da haben sich Unternehmen mit dem einzigen Ziel der Lohndrückerei zusammen getan mit Spalter-Gewerkschaften, die sich gegenüber den DGB-Mitgliedsgewerkschaften profilieren wollten. Und dafür kriegen sie bis heute immer wieder die ausdrückliche Rückendeckung von Union und FDP!

Die CDU trägt übrigens auch die Verantwortung dafür, dass die Lage in der Leiharbeit bis heute so problematisch ist, weil sie einen Mindestlohn für die Beschäftigten dort blockiert und hintertrieben hat.

Wir wollen Leiharbeit begrenzen: Das Prinzip vom gleichen Lohn für gleiche Arbeit muss durchgesetzt werden. Die Lohndrückerei muss da ein Ende haben!

Wir müssen der konzerninternen Verleihung Schranken setzen, damit nicht ordentliche Jobs durch Leiharbeiter ersetzt werden.

Und die Betriebsräte müssen über den Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mitbestimmen.

Befristete Beschäftigung

Und auch bei dem Einsatz befristet Beschäftigter. Inzwischen arbeitet jeder zehnte Arbeitnehmer ohne feste Stelle.

Bei Neueinstellungen ist jeder zweite Job nur befristet. Die gesetzliche Probezeit ist lang genug, wer sich bewährt hat, muss einen verlässlichen Vertrag bekommen!

Deswegen muss die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden. Die haben Kohl und Blüm eingeführt. Sie hat nicht zu mehr Jobs geführt, sondern zu mehr Unsicherheit. Gerade beim Berufseinstieg. Der zieht sich bei vielen heute über Jahre hin. Darum muss sie weg!

Wir wollen, dass wieder Sicherheit und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden: Mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt und Schluss damit, dass Arbeit sich nicht mehr lohnt!

Denn, Genossinnen und Genossen, durch diese Entwicklungen gerät ins Rutschen, was nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch unsere Wirtschaft trägt.

Wenn Einkommen und Arbeitszeiten für die Beschäftigten immer weniger planbar und immer weniger berechenbar sind, gefährdet das den sozialen Frieden in unserem Land.

Und es ist eine ernst zu nehmende Bedrohung für eine Volkswirtschaft, die in besonderem Maße auf qualifizierte und motivierte Beschäftigte angewiesen ist – ja, die eigentlich ihren Erfolg diesen Beschäftigten überhaupt erst verdankt.

Wir sind gefordert, gemeinsam mit den Gewerkschaften und mit allen im Land, die in einer fairen Gesellschaft leben wollen, diesen Marsch in Unsicherheit und Lohndrückerei zu stoppen.

Mindestlohn

Um bei den Löhnen wenigstens eine Grenze nach unten zu ziehen und eine weitere Abwärtsspirale zu verhindern, brauchen wir mehr Mindestlöhne. Dafür haben wir uns gemeinsam eingesetzt und das werden wir auch weiter tun.

Das große Ziel bleibt der gesetzliche Mindestlohn. Der DGB fordert eine Höhe von 8,50 Euro. Das unterstützen wir, denn nur dann kann jeder auch von seiner Arbeit leben.

Aber am Ende wollen wir doch nicht ein Volk von Mindestlöhnern sein!

Soziale Wachstumspolitik

Es gibt immer mehr, die meinen, die Krise sei schon vorbei. An den Börsen ist wieder Alltag eingeleitet. Das Casino hat schon wieder geöffnet. Die Deutsche Bank schreibt Milliardengewinne mit riskanten Investmentgeschäften – und zahlt Millionen-Boni.

Ich sage euch: Wir sind längst nicht über den Berg!
Statt großzügigen Steuergeschenken an Hoteliers, bräuchten wir das Geld viel dringender, um in Arbeit zu investieren!

Wenn am Ende des Jahres die Konjunkturpakete auslaufen, die Bundesregierung die Kassen der Städte und Gemeinden ausgeplündert hat und die Steuergeschenke auf Schweizer Konten gelandet sind, kommen wir in Teufels Küche!

Wenn wir in der Krise Steuern senken, dann doch so, dass Arbeit entsteht!
Wir brauchen die Finanzkraft der Städte und Gemeinden, damit sie investieren können und Aufträge an Handwerker und Mittelstand geben.

Wir müssen dafür sorgen, dass kleine und mittlere Unternehmen das nötige Geld bekommen, um private Investitionen anzuschieben.

Und wir brauchen steigende Löhne, um die Binnennachfrage zu stärken, denn wir sind immer noch zu stark abhängig vom Export und keiner kann verlässlich sagen, wann die Auslandsnachfrage wieder anspringt und ob sie je wieder das alte Niveau erreichen wird.

Ich bin überzeugt: Mit der Binnennachfrage steht und fällt die Konjunktur insgesamt. Daran hängt, ob wir aus dieser Krise herauskommen, oder ob sie bei uns zum Dauerzustand wird.

Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung! Und ein Weg, auf dem wir zugleich neue Arbeitsplätze und höhere Löhne erreichen können, ist die Investition in Energie- und Rohstoffeffizienz.

Das sage ich nicht, weil ich mal Umweltminister war, sondern weil diese Zukunftstechnologie in mehreren Bereichen positiv wirken kann.

Zum Einen ist das ein Hochtechnologie- und Zukunftsbereich, wo wir Aufträge für industrielle Arbeit in Deutschland schaffen können. Und weil auch international die Nachfrage in diesem Bereich stark steigt, können wir als Weltmarktführer diese Nachfrage in gute, zukunftssichere Arbeitsplätze umsetzen.

Zum Zweiten sind das natürlich auch Investitionen in die Nachhaltigkeit. Sie schonen die Umwelt und verbessern so die Lebenschancen unserer Kinder.

Zum Dritten machen sie uns weniger abhängig von den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten.

Und zu guter letzt sieht man mit einem Blick in die Kostenstruktur der deutschen Industrie, dass die Rohstoff- und Energiekosten einen enormen Anteil erreicht haben: Er ist mittlerweile mehr als doppelt so hoch wie die Lohn- und Lohnnebenkosten!

Investitionen in diesen Bereich schaffen Spielräume für Lohnerhöhungen, Genossinnen und Genossen!

Wenn wir neue Arbeit in Deutschland schaffen wollen, brauchen wir Impulse in solche Zukunfts- und Leitmärkte.

Faire Arbeitsmarktpolitik

Lasst uns gemeinsam für eine faire Gesellschaft kämpfen! Eine Gesellschaft, in der Arbeit ihren Wert hat und die geachtet werden, die sie leisten.

Gemeinsam können wir erreichen, dass Ordnung geschaffen wird auf dem Arbeitsmarkt, dass das regellose und zügellose Treiben aufhört, dass Arbeit wieder im Mittelpunkt steht in Deutschland!

Gemeinsam können wir erreichen, dass mehr Leute Arbeit finden, von der sie ihre Miete bezahlen können, von der sie ordentlich leben und ihre Familie ernähren können und ihren Kindern eine ordentliche Bildung ermöglichen!

Gemeinsam können wir erreichen, dass Gesundheit für alle bezahlbar bleibt, dass jeder genug hat, um auch für das Alter vorzusorgen, und keiner Angst haben muss, dass er auf sich allein gestellt ist, wenn er Hilfe braucht!

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass jede und jeder den Rücken frei hat und mit seinem Leben zurechtkommen kann!

Jugend in Deutschland: Mehr Freiräume, mehr soziale Sicherheit, mehr Partizipation

Franziska Drohsel

Vorsitzende der Jungsozialisten in der SPD



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst danke für die Einladung. Ich freue mich, dass ich heute hier mitdiskutieren kann.

Die Fragen, wie die Situation von jungen Menschen ist, welche Probleme sie haben und was Lösungsansätze sein können, diskutieren wir als Jugendverband natürlich viel.

Wir haben bei den Jusos jetzt im letzten halben dreiviertel Jahr eine Diskussion geführt, was aus unserer Sicht die Trends sind, mit denen alle junge Menschen, unabhängig davon, ob sie einer Ausbildung nachgehen, zur Schule gehen, ob sie arbeitslos sind, ob sie studieren, ob sie eine Arbeit haben, zu tun haben. Was sind die Charakteristika unserer Generation? Und wir sind zu der Einschätzung gekommen, dass das

insbesondere 3 Trends sind. Dass es einmal ein massiver Leistungsdruck ist, der schon sehr früh einsetzt. Zweitens eine Unsicherheit, mit der alle jungen Menschen bereits sehr früh leben. Und drittens das Problem der sozialen Ausgrenzung bzw. die Gefahr der sozialen Ausgrenzung. Und ich würde jetzt zu allen 3 Themen kurz was sagen und dabei natürlich auch auf die Frage eingehen, was politisch passieren müsste, damit die Situation sich verbessert.

Zum ersten Punkt Leistungsdruck. Das ist ein Thema, was mit dem Bildungsstreik in den gesellschaftlichen Fokus gerückt ist. Sehr früh setzt mittlerweile der Druck für Schülerinnen, Schüler und Studierende ein, dass man sich optimal für den Arbeitsmarkt qualifizieren muss: Praktika, Auslandsaufenthalte, Berufserfahrung und trotzdem so schnell wie möglich mit der Ausbildung fertig sein. Daneben fällt das, was Bildung auch ausmacht, hintenüber: Selbstbestimmtes Aneignen von Wissen, Reflexion, Denken, ohne es mit einem spezifischen Verwertungsanliegen zu verbinden.

Im Bereich der Ausbildung ist der Druck, einen Ausbildungsplatz zu finden, schon sehr hoch. Im Bereich des Studiums ist es so, dass mit der Einführung von Bachelor und Master - und in vielen Bundesländern auch Studiengebühren - verbunden war, dass viele Studierende nur noch versuchen, möglichst schnell das Notwendige hinzubekommen. Damit fällt das, was bei den Jusos früher unter eigenständiger Jugendphase diskutiert wurde, weg.

Und man kann sich natürlich schon die Frage stellen, ob das eine Gesellschaft ist, die man möchte, wenn bereits Kindern vermittelt wird, dass das ausschließlich Entscheidende ist, dass man sich gut für den Arbeitsmarkt trimmt und andere Dinge des Lebens kaum mehr vorkommen. Das betrifft einmal die Frage vom privaten Glück, was man bei der Zunahme von „Burn-Out-Symptomen“ etc. auch in so einem Kontext aus meiner Sicht ansprechen sollte. Und das andere ist natürlich auch die Frage von ehrenamtlichem, politischem und gesellschaftlichem Engagement. Gesellschaft besteht aus mehr, als dass alle Leute einer Erwerbsarbeit nachgehen.

Wie man das ändern kann oder wie man dazu beitragen kann, dass junge Leute Freiraum haben und sich auch mal die Frage stellen können, was für ein Leben sie überhaupt leben wollen, ist eine schwierige Frage. Es gibt nicht die eine Forderung, mit der sich das Problem lösen lassen würde, sondern es geht darum, dass man für ein gesellschaftliches Umdenken wirbt. Und im Bildungssystem muss wieder mehr entzerrt werden, damit es daneben auch Freiräume gibt, sich mit anderen Dingen zu beschäftigen.

Dann würde ich zu der Frage von Unsicherheit kommen. Ich denke, dass es ein Charakteristikum unserer Generation ist, dass wir tatsächlich komplett unsichere Lebensverhältnisse vorfinden. Viele wissen nicht, ob sie im nächsten halben Jahr noch einen Job haben werden, ob sie genauso viel verdienen, ob sie umziehen müssen, wie es den Menschen in unserem privaten Umfeld gehen wird. Es ist schwierig geworden für junge Leute, so etwas wie eine mittelfristige oder langfristige Lebensplanung zu machen. Das betrifft private Lebensplanung aber natürlich auch das soziale Zusammenleben und die Frage von ehrenamtlichem und politischem Engagement, weil das auch auf eine gewisse langfristige oder zumindest mittelfristige Orientierung setzt. Das liegt natürlich an der Gestaltung des Arbeitsmarktes, da es die Möglichkeit von derart vielen unsicheren Beschäftigungsverhältnissen wie z.B. befristeten Arbeitsverhältnissen, Praktika, Leiharbeitsverhältnissen etc. gibt. Aus unserer Sicht ist die Reregulierung des Arbeitsmarktes notwendig, damit junge Menschen zumindest in sichereren Verhältnissen leben bzw. auch in selbstbestimmteren, wo sie selber bestimmen können, an welchem Ort sie leben wollen und sie das eigene Leben nicht komplett den Arbeitsmarktanforderungen unterordnen müssen.

Dann würde ich zum Bereich der sozialen Ausgrenzung kommen. Ich denke, es gibt immer mehr junge Leute, die schon sehr früh das Gefühl haben, unter das Rad gekommen zu sein. Sie haben früh den Eindruck, dass es „alles eh nichts bringt“, in ihrem Umfeld eh alle arbeitslos sind und sie sowieso keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen. Politisch hat man zwei Möglichkeiten, mit diesem Phänomen umzugehen. Es gibt den repressiven Ansatz, der leider auch in unserer Partei von einzelnen Leuten vertreten wird und besagt, dass die alle zu faul sind und man denen nur mal ordentlich Druck machen muss. Der andere Ansatz wäre eher der, dass man sich fragt, wie es eigentlich sein kann, dass eine Gesellschaft 13- bis 14jährigen den Eindruck vermittelt, dass es eh überhaupt nichts bringt, in ihrem Leben überhaupt was zu wollen. Das Deprimierende ist ja, dass manche noch nicht mal sagen, sie hatten Träume und Hoffnungen und die sind enttäuscht worden. Oft ist es so, dass sie nicht mal mehr in der Lage sind, Träume und Hoffnungen zu formulieren, weil sie das Gefühl haben, es bringt sowieso nichts, weil sie eh keine Chance haben. Das ist ein Armutzeugnis für eine Gesellschaft. Jedes Kind hat erstmal den Impuls, in seinem Leben irgendwas zu wollen und auch irgendwas zu machen. Und wenn das durch eine derartige Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit verloren geht, ist das ziemlich traurig. Dann wäre der Ansatz nicht ein repressiver, sondern einer, mit dem man sich fragt, wie man es schaffen kann, tatsächlich allen Kindern in dieser Gesellschaft Chancen und Hoffnungen zu geben.

Aber da muss man sich die Frage stellen, welche Aufgabe Gesellschaft und Staat an der Stelle hat. Und da kommt man wieder zur Bildung. Dann geht es darum, dass Kinder bereits frühzeitig in gute Kitas gehen können, dass man Schulen hat, die eine Ganztagsbetreuung haben und wo Kinder eben nicht früh schon sortiert werden in Hauptschule, Realschule und Gymnasium, wo es halt ein längeres gemeinsames Lernen gibt.

Und ich würde auch sagen, dass man den ganzen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in diesem Zusammenhang diskutieren muss. Dazu gehört die Frage, ob es öffentliche Bibliotheken gibt und ob es öffentliche Schwimmbäder gibt. Das sind alles kleine Elemente, aber die tragen natürlich zur gesellschaftlichen Partizipation bei und ob man das Gefühl hat, an dieser Gesellschaft partizipieren zu können.

Wenn einem das Problem der Finanzierbarkeit entgegengehalten wird, würde ich entgegen, dass eine Gesellschaft Prioritäten setzen muss. Und wenn man möchte, dass alle Kinder einigermaßen gleiche Chancen haben, dann heißt es, dafür eben auch Geld zu organisieren, was es gerade mit Blick auf die sehr gut verdienenden Menschen in diesem Land zweifelsohne gibt.

Dies als ein paar einleitende Gedanken, was wir bei den Jusos diskutieren. Ich freue mich auf die Diskussion.

Vielen Dank.

.....

Faire Bedingungen beim Berufseinstieg

René Rudolf
DGB-Bundesjugendsekretär



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, einige Aspekte zum fairen bzw. unfairen Berufseinstieg aus Sicht der DGB-Jugend und der jungen Generation zu beleuchten.

Zunächst einmal muss man wohl sagen: Noch nie, war der Einstieg in den Job so hürdenreich und schwierig wie heute und, noch nie war die Unsicherheit in Bezug auf die berufliche Zukunft einer ganzen Generation so enorm und gleichzeitig das Bedürfnis nach beruflicher und materieller Sicherheit so groß.

Zwar bemühen sich einige Soziologen und Politiker, der Öffentlichkeit glauben zu machen, dies sei die neue Freiheit und Flexibilität der jungen Generation. Freiheit und Flexibilität

können sich aber auch junge Menschen nur leisten, wenn eine gewisse materielle Sicherheit gegeben ist. Das ist bei einem großen Teil der jungen Berufseinsteiger nicht so.

Wir wissen, dass mehr als zwei Drittel aller jungen Beschäftigten sagen, dass sie „Angst um ihre berufliche Zukunft haben“, mehr als die Hälfte der jungen Beschäftigten bis 30 sind von prekärer Beschäftigung betroffen. Das heißt, sie müssen mit einem Einkommen von unter 1500 € zurechtkommen und/oder sind befristet in Zeitarbeit oder Minijobs beschäftigt.

Insbesondere die Übergänge machen den Berufseinsteigern zu schaffen: Stichworte sind Ausbildungsplatzsuche, Übernahme, Praktika, Befristungen, Leiharbeit und schlechte Bezahlung.

Die Probleme beim Einstieg beginnen für viele schon direkt nach der Schule bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Ja, die Situation (Demografie) hat sich leicht entspannt und bei aller Panik einzelner Branchen und der Diskussion um die Frage der Ausbildungsreife der Bewerber und Bewerberinnen klafft dennoch nach derzeitigem Stand eine Lücke von bundesweit 65.000 fehlenden betrieblichen Stellen. Und ja, die Unternehmen können nicht mehr so ganz aus dem Vollen schöpfen, wie noch in den letzten Jahren, in denen mittelmäßige Realschüler und gute Hauptschüler nicht den Funken einer Chance hatten. Das hat sich geändert. Viele Unternehmen müssen nun die Latte bei der Auswahl etwas niedriger legen und ihre Rolle des „Ausbildenden“ wieder konzentrierter ausfüllen (anleiten, fördern und unterstützen).

Sehr bemerkenswert finde ich allerdings, dass die Branchen, die sich gerade am lautesten in der Debatte um fehlende geeignete Bewerber und Bewerberinnen hervortun, auch die schlechtesten Ausbildungsbedingungen haben.

Allen voran ist hier das Hotel- und Gaststättengewerbe zu nennen. Die Auszubildenden, die dort ausgebildet werden, stellen ihrer Branche regelmäßig ein verheerendes Zeugnis aus. Der jährliche Ausbildungsreport der DGB-Jugend dokumentiert dies eindrücklich. Hohe Belastung, Überstunden, Nacharbeit, Mobbing und fehlende Ausbildungsbegleitung sind an der Tagesordnung. Daher wundert es mich auch nicht, wenn diese Ausbildungsberufe für Jugendliche nicht die erste oder zweite Wahl sind.

Gleichzeitig warten die Hotels und Gaststätten immer wieder mit Vorschlägen zur Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf, um auch die unter 18jährigen schon nachts und am Wochenende arbeiten zu lassen. Die, sagen wir mal, scheinbar sehr hotelaffine Bundesregierung hat genau dies verklausuliert in ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Ich finde, Geschenke gab es genug. Darum kann aus unserer Sicht nur heißen: Hände weg vom Jugendarbeitsschutz!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
zur Gesamtbewertung der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt gehört aber auch, zu registrieren, dass nicht jeder Schulabgänger von heute auf morgen eine Ausbildung beginnen kann. Dazu brauchen wir Vorbereitungsprogramme, die zielgerichtet auf eine betriebliche Ausbildung für alle Jugendlichen hinarbeiten. Ziel muss es sein, jedem Jugendlichen eine möglichst betriebliche Ausbildung zu ermöglichen.
Nur eine gute Ausbildung schafft überhaupt die Basis für einen guten Start in das Berufsleben und eine Zukunft mit Sicherheit und echten Perspektiven – Es gibt viel zu tun. Kurzer Nachtrag: Es gibt ca. 1,5 Millionen Jugendliche (20 und 29) ohne Berufsabschluss.
Auswirkung der Lehrstellensituation der letzten 10 Jahre, von einer Entspannung kann daher nicht die Rede sein.

Seit Jahren stellen wir immer öfter fest, dass auch gut ausgebildete junge Menschen immer schlechtere Chancen auf einen reibungslosen Berufseinstieg haben und nach der Ausbildung entweder auf der Straße sitzen oder mit schlecht bezahlter, prekärer Arbeit abgespeist werden. Nach einer Umfrage der DGB-Jugend wird von 2000 befragten auslernenden Auszubildenden im dritten Ausbildungsjahr nur etwa ein Drittel nach ihrer Ausbildung übernommen. Das heißt, fast 70 Prozent aller Auszubildenden werden nach ihrer Ausbildung nicht übernommen bzw. haben noch keine Perspektive. Wir brauchen also mehr Übernahmen nach der Ausbildung: Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen (BR, PR und JAVen) haben das Thema zunehmend auf der Agenda. In vielen betrieblichen Vereinbarungen und Tarifaueinandersetzungen ist die Übernahme und Beschäftigungsbrücke ein Thema.

Die Übernahme junger Menschen beugt auch drohendem Fachkräftemangel vor und ich frage mich schon, warum viele Arbeitgeber auch in diesem Punkt noch immer Nachhilfe brauchen.

[Praktika]

Aber auch in anderen Punkten muss die Wirtschaft dringend nachsitzen. Noch immer werden viele Praktikant/-innen wie reguläre Arbeitnehmer/-innen im Betrieb eingesetzt, ohne jedoch dementsprechend entlohnt zu werden.

Praktika sind Lernverhältnisse, die im Rahmen der Ausbildung oder des Studiums eine sinnvolle Ergänzung bieten und Einblicke in Unternehmen und Geschäftsabläufe ermöglichen.

Um den Missbrauch zu verhindern, hat die DGB-Jugend konkrete Vorschläge zur Dauer, Bezahlung und Definition erarbeitet. Der ehem. Arbeitsminister Scholz hat diese seinerzeit aufgegriffen und gesetzliche Klarstellungen vorgeschlagen. Diese werden bis heute von der CDU und FDP blockiert.

Trotzdem ist es immer noch die wichtigste Forderung, den rechtlichen Status von Praktikanten besser abzusichern und sie so vor Missbrauch zu schützen.

Ein letzter Punkt, den ich ansprechen möchte, zeigt, wie hoch der Druck im Job schon auf den jungen Beschäftigten lastet. Oft auch aus Sorge um den Arbeitsplatz wird die Gesundheit hinten angestellt – 79 Prozent der jungen Beschäftigten gehen mindestens einmal im Jahr trotz Krankheit zur Arbeit. Das Phänomen ist mittlerweile so verbreitet, dass wir aus der Wissenschaft ein neues Wort gelernt haben: Präsentismus. 46 Prozent haben sich sogar Medikamente verschreiben lassen, um fit für die Arbeit zu sein. Dafür wiederum haben die Medien dann den passenden Begriff „Arbeitnehmer-Doping“ gefunden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die junge Generation ist unfreiwillig zum Vorreiter einer flexiblen und immer prekärer werdende Arbeitswelt gemacht worden.

Am Beispiel Zeitarbeit werden langfristige Folgen heutiger Versäumnisse deutlich. Vielen Unternehmen passt dieses Instrument gut ins Konzept – ein Flexibilitätspuffer mit allzeit willigen Beschäftigten, die man auch schnell wieder loswerden kann. Abgesehen davon, dass dieses Kurzfristdenken nicht gut für unsere Wirtschaft ist, die qualifizierte Fachkräfte braucht: Für Beschäftigte ist Zeitarbeit nicht zukunftsweisend.

Nach meiner Auffassung müssen sie der Stammebelegschaft beim Entgelt und den übrigen Arbeitsbedingungen vom ersten Tage an gleichgestellt werden. Wir müssen erreichen, dass Zeitarbeit nicht länger zur Verdrängung regulärer Beschäftigung führt.

Weiterhin halte ich einen Mindestlohn von 8,50 Euro für einen Teil der politisch notwendigen Antworten auf die prekäre Situation (nicht nur) junger Beschäftigter. Der Mindestlohn wäre für viele ein großer Schritt in Richtung finanzielle Unabhängigkeit.

Die Lebenslagen junger Beschäftigter können und müssen verbessert werden. Dazu sind politischer Weitblick und entsprechende Regeln notwendig. Denn es gilt zu verhindern, dass aus prekärer Beschäftigung ein Zukunftsmodell für Arbeit wird, das die Risiken immer stärker auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert.

In diesem Sinne gilt: Gute Ausbildung, Gute Arbeit, Gutes Leben. Das ist das Motto der DGB-Jugend

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Impressionen



